

PT\_Tagung 2011

Res Publica? Bürgerinnen und Bürger als Akteure der Stadtentwicklung

7. Juli 2011, 10:30 – 19:00 Uhr,  
Technologiezentrum Aachen

Beitrag zu AG 1: Politisch mitwirken

## **„Voten“ statt wählen? - Zur Krise der repräsentativen Demokratie**

**Werner T. Bauer**

Dass die Wahlbeteiligung in vielen westlichen Demokratien in den beiden letzten Jahrzehnten im Schnitt um 15% bis 25% abgenommen hat, ist eine unbestreitbare Tatsache. Die Gründe für diesen signifikanten Rückgang sind vielfältiger Natur, lassen sich jedoch in den meisten Fällen auf einen gemeinsamen Nenner bringen: der „Zeitgeist“ unserer individualisierten Konsum- und Spaßgesellschaft, in der lieber „ge votet“ als gewählt wird, und in der die traditionellen Pflicht- und Akzeptanzwerte immer mehr von „postmaterialistischen“ Selbstentfaltungswerten abgelöst werden. Dieser Umbruch in der gesellschaftlichen Werteorientierung und die Auflösung der traditionellen Sozialmilieus mit ihren von Generation zu Generation vererbten, mittlerweile aber erodierenden politisch-ideologischen Bindungen, gelten den meisten Demoskopern und Politologen als die wesentlichsten Gründe für die immer stärkere Zunahme der Nicht-, aber auch der WechselwählerInnen.

Über die mittel- und längerfristigen Folgen dieser Entwicklung herrscht Uneinigkeit. Während einige ExpertInnen noch von einem „demokratischen Normalisierungsprozess“ sprechen, auf funktionierende „Musterdemokratien“ mit wesentlich geringerer Wahlbeteiligung verweisen und betonen, dass noch keine Demokratie an zu niedriger Beteiligung gescheitert sei, sehen viele andere in der sinkenden Partizipationsbereitschaft vieler BürgerInnen ein Signal für politische Unzufriedenheit und diffuse Verdrossenheit, die schließlich in einem völligen Desinteresse an bzw. sogar in einer wütenden Ablehnung „der Politik“ im Allgemeinen münden könne, deren Legitimität ja – allen ideologischen Differenzen zum Trotz – auf einer möglichst breiten Akzeptanz seitens der Bevölkerung aufbaut.

Am Ende dieses Prozess, der mit einer populistisch-plebiszitären Transformation des Systems einhergeht, steht die Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie und ihrer klassischen Vermittlungsinstitutionen. Und von der populistischen Demokratie zum quasi-demokratischen Autoritarismus mit generalisiertem Repräsentationsanspruch ist es nur noch ein kleiner Schritt.

Die Höhe der Wahlbeteiligung ist wichtig, weil demokratische Wahlen die einzige egalitäre Partizipationsform darstellen, und nur sie den Wettbewerb zwischen den politischen Parteien und ihren Programmen gewährleisten. Erst durch die Beteiligung möglichst vieler BürgerInnen wird eines der wesentlichsten und zentralen Element des demokratischen Systems – und mit ihm das System als solches! – anerkannt.